



Foto: VDV

## „ÖPNV-Leistungs-offensive für den Klimaschutz“

**Oliver Wolff**, Hauptgeschäftsführer  
Verband Deutscher Verkehrsunternehmen

So viel Einigkeit war selten. Im Vorfeld der Bundestagswahl stellen die Parteien in Aussicht, den Klimaschutz noch stärker in den Mittelpunkt des Handelns zu stellen. Angesichts der Naturkatastrophen und der globalen Folgekosten ist dies folgerichtig. Auch rechtlich führt kein Weg daran vorbei, denn Deutschland hat sich dem 1,5-Grad-Ziel verpflichtet, will 2045 klimaneutral sein und dafür bis 2030 die Emissionen deutlich vermindern. Ein wesentlicher Beitrag muss aus dem Verkehrssektor kommen, dem bisherigen Sorgenkind. Anders gesagt: fossil-motorisierte Fahrten müssen vermieden, verlagert und umgestaltet werden. Neue und zusätzliche ÖPNV-Angebote müssen dazu beitragen, dass mehr Menschen bereit sind, auf Bus und Bahn umzusteigen. Diese Leistungsoffensive ist kein Selbstzweck und auch kein Selbstläufer. Sie muss umgesetzt werden und wird Zeit brauchen, bis sie sich durch Einnahmen teilfinanziert. Die Unternehmen müssen daher in Vorleistung gehen. Wie Lösungsräume aussehen können ist Gegenstand des unabhängigen Leistungskostengutachtens, das der VDV zusammen mit seinen Mitgliedern bei Roland Berger in Auftrag gegeben hat. Danach muss die ÖPNV-Verkehrsleistung in Stadt und Land um knapp ein Viertel gegenüber 2018 zunehmen. In der Folge steigen die für das Leistungsangebot anfallenden Kosten um 89 Prozent. Das klingt erst mal nach viel. Jedoch selbst wenn es beim heutigen Leistungsumfang bliebe, würden die Personal-, Energie- und Infrastrukturkosten bis 2030 bereits um 32 Prozent steigen. Insgesamt entsteht eine Lücke für die Branche, die es auszugleichen gilt: Bei Fortschreibung der aktuellen öffentlichen Förderkulisse bliebe in 2030 eine Finanzierungslücke von elf Milliarden Euro. Die zur Erreichung der Klimaschutzziele im Verkehrssektor notwendige ÖPNV-Leistungsoffensive benötigt daher zwingend eine flankierende und planbare Finanzkulisse – über alle staatlichen Ebenen hinweg. Dies zu erreichen wird eine der zentralen politischen Aufgaben der kommenden Legislaturperiode.